Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 177. Montag, 1. August 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 26 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Theorie und Praxis.

ou. Wenn man die leitenden Staatsmänner von Europa und Amerika reden hört, so hat man stets den Eindruck, daß sie sich gegenseitig lebenslagern den Rang ablaufen möchten, wer zuerst vollständig abgerüstet habe. Leider bleibt dieser Eindruck nicht lange bestehen, wenn man sieht, daß diesen Worten keine Taten folgen oder vielmehr, daß die kongreten Tatsachen im schroffsten Gegensatz zu den abgegebenen Erklärungen stehen. Frankreich ließ auf der Abrüstungskonferenz durch seine Delegation die herrlichsten Reden halten und bewilligte sich inzwischen eine Militärvorlage, durch die die ganze Nation ohne Unterschied des Geschlechtes zum „Wehrdienst" verpflichtet wird. In England versichert Chamberlain, daß „der Kriegsgedanke im englischen Herzen keinen Platz mehr habe" und erklärt zwei Sätze später, daß „kleine Kreuzer im Kriegsfall für England unentbehrlich seien". Am sinnfälligsten aber demonstriert doch Amerika, welche Unterschiede in der Abrüstungsfrage zwischen Theorie und Praxis bestehen. Seit Wochen sitzt die amerikanische Delegation bekanntlich in Genf, um dort über die Rüstungsverminderungen zur See mit den Konkurrenzmächten England und Japan zu einer Verständigung zu kommen. Inzwischen aber haben die Vereinigten Staaten sechs neue große Kreuzer bei einer Schiffswerft in Auftrag gegeben, und zwar ist dieser Auftrag — wohlgemerkt — am 18. Juni erteilt worden, also als der Genfer Himmel noch voll Abrüstungsgeigen hing. Man hat lediglich die Vorsicht gebraucht, ihn bis jetzt geheim zu halten und wirft erst jetzt die Maske ab, weil es ganz offenkundig ist, daß die Seeabrüstungs-Konferenz ein einziges Fiasko geworden ist.

An diesem Mißerfolg werden weder die Bemühungen des japanischen Admirals Saito, der sich privatim lebhaft um eine Einigung bemüht, noch die Instruktionen aus Washington etwas ändern können, da es schon heute so gut wie sicher ist, daß die amerikanische Regierung die englischen Vorschläge ebenso unbedingt ablehnen wird, wie dies die amerikanische Delegation bereits getan hat. Ein Umschwung könnte nur dann eintreten, wenn England noch einen Vermittlungsvorschlag macht, und es scheint, als ob eventuell damit zu rechnen wäre. Ist dies der Fall und scheint der neue Vorschlag eine annehmbare Verhandlungsbasis zu bilden, so wird, wie wir hören, die für heute nachmittag anberaumte Vollsitzung verschoben werden, damit die Delegationen Zeit haben, Stellung zu nehmen und eventuell neue Instruktionen ihrer Regierungen einzuholen. Man kann sich allerdings nicht verhehlen, daß die Verständigungsmöglichkeiten nach wie vor sehr skeptisch beurteilt werden, da man nicht glaubt, daß es dem englischen Ministerrat, der telegraphisch zusammenberufen wurde, gelungen ist, eine annehmbare Lösung zu finden. Ueber die Art, wie die Minister aus ihrem „Wochenende" geholt worden sind, kursieren in Genf Geschichten, die einen Satyrendichter reizen könnten. Den Schatzkanzler Churchill beispielsweise hat man im Augenblick der Abfahrt förmlich aus dem Zug herausgerissen, während der Innenminister Hicks geradezu verhaftet worden ist. Der war nämlich im Auto nach seinem Landsitz unterwegs, und da man das wußte, haben sämtliche Gendarmen auf den Straßen, die er eventuell passieren konnte, telegraphisch Anweisung erhalten, ihn einfach anzuhalten und ihm zu sagen, er müsse sofort umkehren. Auf diese Art also hat man die Minister um zwei Uhr nachts glücklich beisammen gehabt und man kann sich ungefähr vorstellen, in welch „friedlicher" Stimmung sie an die Beratung der Abrüstungsprobleme herangegangen sind. Das Projekt, das sie ausgearbeitet haben, wird bis jetzt noch streng geheim gehalten. Viel Positives aber verspricht man sich nicht mehr von ihm, sondern glaubt eher, daß ein Zusammentreffen zwischen Baldwin und Coolidge, das anläßlich der Canada-Reise des englischen Ministerpräsidenten stattfinden soll, rascher und leichter zu einer Verständigung führen kann.

Die Wiener Gemeindeschutzwache bleibt.

)(Wien. In der am Freitagabend begonnenen Sitzung des Gemeinderates, die bis Sonnabend früh dauerte, sprachen nach dem Bürgermeister Seitz noch eine Reihe von meist der Minderheit angehörenden Rednern. Die Ausführungen der Redner wurden öfters von Zwischenrufen der Gegenpartei unterbrochen, doch kam es zu keinen größeren Lärmszenen. Schließlich wurde die Vorlage über die Aufstellung einer Gemeindeschutzwache unter dem Protest der Minderheit von der Mehrheit angenommen. Wien wird also neben der Bundespolizei die nach den Unruhen geschaffene eigene städtische Polizei behalten.

Bevorstehender Einspruch der Bundesregierung.

)(Wien, 31. Juli. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung heute erfährt, beabsichtigt die Bundesregierung, einen Schritt in der Angelegenheit der Gemeindeschutzwache zu unternehmen. Der Gemeinderat hat gestern die Verordnung des Bürgermeisters legalisiert, und die bürgerlichen Parteien des Gemeinderates haben kein Mittel mehr in der Hand, um auf verfassungsmäßigem Weg im Gemeinderat selbst eine Aenderung herbeizuführen. Die Bundesregierung hat nun das Wort und wird im Hinblick auf die gefährlichen Komplikationen, die gegenüber dem Ausland entstehen könnten, dem Bürgermeister der Stadt Wien als Landeshauptmann in der ihr verfassungsmäßig zustehenden Form die Weisung erteilen, die Wiener Gemeindewache unverzüglich aufzulösen.

Die Verhandlungen in Genf vertagt.

Ein amerikanischer Vorschlag.

)(Genf, 1. August. (Schweiz. Dep.-Ag.) Auf Verlangen der amerikanischen Delegation wurde die Vollsitzung der Seeabrüstungskonferenz auf zwei bis drei Tage verschoben. Die Vertagung wird damit begründet, daß die Vollsitzung noch in allen Einzelheiten vorbereitet werden muß; aber wie es scheint, wurde der amerikanische Schritt durch wichtigere Momente veranlaßt. Am Sonntagmorgen stattete Viscount Ishii Gibson einen Besuch ab. Hierauf begab sich der Chef der amerikanischen Delegation zu Bridgeman, und nach dieser Besprechung wurde die Sitzung vom Montag abgesetzt. Es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß Japan noch einmal versucht, den Vermittler zwischen den beiden andern Parteien zu spielen. Anderseits hat die amerikanische Delegation soeben den Text einer politischen Sicherungsklausel für den Fall, daß das Abkommen zum Abschluß gelangen sollte, veröffentlicht, die vorher von den Delegationen angenommen wurde.

Der Text der Sicherungsklausel ist folgender:

Im Falle, daß vor dem 31. Dezember 1936 eine der vertragschließenden Parteien zu der Auffassung käme, daß die in der Klasse der Kreuzer zugebilligte Tonnage von einer anderen Partei dergestalt verwendet würde, daß die Notwendigkeit der Richtigstellung der Gesamttonnage dieser Klasse gegeben wäre, kann diese Partei jederzeit nach dem 31. Januar 1931 und mit Innehaltung einer sechsmonatigen Frist eine Konferenz der Mächte einberufen zur Untersuchung der Frage, ob die Richtigstellung durch gegenseitige Abmachung herbeigeführt werden kann. Im Falle, daß eine Verständigung nicht möglich wäre, kann jede vertragschließende Partei die Auflösung der Konvention verlangen. Diese Modifizierung soll in dem auf den Empfang durch die anderen Signatarmächte folgenden Jahre ausgeführt werden. Unter diesen Bedingungen würde der Vertrag unter den andern Parteien ebenfalls zu Ende gehen.

Ein neuer englischer Vorschlag zur Flottenfrage.

)(London, 31. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Observer" schreibt: Wenn es morgen in Genf zu einem Abbruch kommen sollte, beabsichtigt die britische Regierung, sofort für ein „negatives Abkommen" einzutreten, das die Beteiligten verpflichten würde, während einer bestimmten Periode keinerlei neues Marinebauprogramm aufzustellen. Bridgeman und Lord Cecil haben den amerikanischen Vertreter bereits von ihrer Absicht verständigt. Der Hauptpunkt dieses britischen Planes würde sein, für eine bestimmte Periode eine Grenze festzusetzen, über die hinaus der Neubau großer Kreuzer nicht gehen darf. Die britische Regierung würde sich verpflichten, während der betreffenden Zeit keine weiteren 10 000 Tonnen-Kreuzer auf Stapel zu legen, im Austausch gegen eine amerikanische Zusage, nicht über die britische Stärke hinaus zu bauen, und eine entsprechende Zusage der Japaner, die Zahl ihrer Kreuzer nicht über das Verhältnis von 8:5 zu Großbritannien bezw. zu Amerika hinaus auszudehnen. Wenn sich die Amerikaner hierauf einlassen sollten, dann werde ein neuer Versuch gemacht werden, einen Marineabrüstungsvertrag zustande zu bringen.

)(London, 1. August. Zu dem amerikanischen Entwurf einer Zusatzklausel zum abschließenden Vertrage meldet der Genfer Korrespondent des Reuterschen Büros: Dieser Vorschlag ist von dem amerikanischen Hauptdelegierten den britischen Delegierten mehrere Tage vor ihrer Abfahrt nach London unterbreitet worden. Obgleich der Vorschlag auf keinen günstigen Boden fiel, hat der amerikanische Delegierte ihn in der nichtöffentlichen Sitzung vom Donnerstag formell eingebracht, und dies erklärt zum Teil die Zusammenkunft des britischen Kabinetts am Freitag. Bisher haben die britischen Delegierten keinerlei Ansicht über diesen Entwurf einer politischen Klausel ausgesprochen, deren Zweck anscheinend ist, die Engländer mit einer „Sicherheitsvorrichtung" zu versehen für den Fall, daß sie die Zahl ihrer großen Kreuzer vermehren müssen.

In einer weiteren Reuter-Meldung aus Genf heißt es: Die von Amerika vorgeschlagene politische Klausel wird von Beobachtern dahin ausgelegt, daß sie einen Mangel an Vertrauen zu den Teilhabern des Vertrages bezüglich der Einhaltung der Vertragsbestimmungen bekundet. Daß die Engländer einer derartigen Klausel nicht zustimmen können, bedeutet keine Ueberraschung. Das Ergebnis der Konferenz bleibt infolgedessen noch immer in der Schwebe.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Unverantwortliche Störungsversuche.

* Paris, 31. Juli. (Telunion.) Das Petit Journal nimmt heute zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Stellung, wobei es von einem „unverschämten (!) Manöver des Reiches" spricht, das die Verhandlungen vom wirtschaftlichen aufs politische Gleis schieben wolle. Der Wunsch Deutschlands nach Wiederherstellung seiner Konsularorganisationen sei begreiflich, dem stehe jedoch das formelle Verbot des Artikels 281 des Versailler Vertrages gegenüber. Kein Artikel des Versailler Vertrages räume Deutschland den Genuß der Gegenseitigkeit hinsichtlich des den anderen Mächten durch Artikel 279 zugestandenen Rechtes ein, auf dem Boden des Reiches Konsularagenten zu ernennen, ohne daß Deutschland sich dem widersetzen könnte.

Man wird sich in Paris ernstlich überlegen müssen, ob man glaubt, mit derartigen gehässigen Kommentaren die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen günstig beeinflussen zu können. Zur Sache selbst kann gesagt werden, daß es keinen einzigen Artikel des Versailler Vertrages gibt, der Deutschland hindern könnte, das ihm übrigens bisher noch nie bestrittene Recht auf Meistbegünstigung und völlige Gleichberechtigung im Handelsverkehr geltend zu machen. Es hat aber immer mehr und mehr den Anschein, als ob man in Frankreich die Verewigung eines vertraglosen Zustandes wünsche.

Die Vorträge Dr. Reinholds und Graf Sforzas im Institute of Politics.

)(Williamstown. Der ehemalige deutsche Finanzminister Dr. Reinhold hielt im Rahmen der Jahreskonferenz des Instituts für Politik des Williams College den ersten seiner sechs Vorträge über den Verfall der deutschen Währung bis zur Schaffung der Rentenmark.

Als weiterer Redner sprach der ehemalige italienische Botschafter in Paris Graf Sforza in der ersten Reihe seiner Vorträge über „Das diplomatische Europa seit Versailles". Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß zwischen Deutschland und Frankreich infolge des Locarno-Vertrages allmählich eine Entente aufkommen werde. Er erklärte ferner, daß Poincarés gegenwärtiges Ministerium, obwohl stark nationalistisch eingestellt, die Politik der Versöhnung weiterführe, und prophezeite, daß das seit Januar bestehende deutsche Kabinett, obwohl es viele Nationalisten enthalte, dasselbe tun werde. Die Gefahr in beiden Ländern, sagte der Redner weiter, besteht in den Fanatikern oder den Fraktionen, die ein wachsendes Einvernehmen durch Gewalttaten gefährden könnten. Deshalb kann den Interessen des europäischen Friedens und der deutsch-französischen Verständigung am besten durch langsames Vorwärtsgehen gedient werden. Sensationelle Veränderungen sind nicht wünschenswert, und kein Problem wird durch eine Einzelkonzession gelöst. Jedenfalls sollte man sich nicht einbilden, daß solche Konzessionen wundertätig aus dem Geschichtsbuch ganze Seiten von Groll, Befürchtungen und Mißverständnissen auslöschen könnten. Die tiefste Ursache einer wirklichen Fehde zwischen Deutschland und Frankreich liegt in ihrer riesigen divergierenden Mentalität, aber Goethe, der dies erkannte, glaubte gleichfalls an eine Möglichkeit, die Kluft zu überbrücken. Was der größte der modernen Deutschen erhoffte, dürfen auch wir hoffen.

Reichsfinanzminister a. D. Reinhold über den Dawes-Plan.

)(Williamstown. In einem Interview mit einem Vertreter der Associated Preß gab der frühere deutsche Reichsfinanzminister Dr. Reinhold dem Zweifel Ausdruck, ob Deutschland im Stande sein werde, die durch den Dawes-Plan auferlegten Zahlungen zu leisten. Es sei nicht verhehlen, ob die deutsche Wirtschaft die nötigen hohen Steuern tragen könne; nach der Ansicht Sachverständiger sei dies zweifelhaft. Gegenwärtig, so führte Dr. Reinhold weiter aus, bestehen keine Schwierigkeiten. Auch wird jede deutsche Regierung nach besten Kräften die Erfüllung anstreben, jedoch ist zu berücksichtigen, daß Deutschland zunächst durch den Dawesplan um die Hälfte mehr zahlen muß, als die gesamten andern Schuldnernationen an Amerika zahlen sollen. Die Zahlungen können nicht aus dem Kapitalbesitz, sondern müssen aus dem Nationaleinkommen geleistet werden. Die Frage lautet daher weniger, was Deutschland produzieren, als was es verdienen kann. Der Dawesplan hat indessen die Beziehungen zu Amerika befestigt, da er amerikanischen Vorschlägen entsprungen ist und mit amerikanischem Geld finanziert worden ist. Dr. Reinhold sprach die Ueberzeugung aus, die Gewissenhaftigkeit, mit der Deutschland den Dawesplan erfülle, werde in Amerika anerkannt werden.

Trauergottesdienst für König Ferdinand.

)(Bukarest. Sonnabend mittag fand in Curtea de Arges, der Begräbnisstätte König Ferdinands, ein Trauergottesdienst statt, an dem die königliche Familie, die Mitglieder des Regentschaftsrates, Ministerpräsident Bratianu und die Mitglieder der Regierung teilnahmen. Die königliche Familie begab sich darauf nach Sinaia; die übrigen Teilnehmer kehrten nach Bukarest zurück.

Zu gleicher Zeit fand in der Kathedrale von Bukarest ein Trauergottesdienst statt, dem die Mitglieder des Parlaments, die Vertreter des diplomatischen Korps und die Behörden beiwohnten.

SLUB
Wir führen Wissen.